

Umbau der Altersversorgung von ARD und Deutschlandradio steht -
Strukturreform muss Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks
mit den Beschäftigten sichern

Mit Ablauf der heutigen Erklärungsfrist steht fest: Die Vereinte
Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) hat mit der ARD, inklusive der
Deutschen Welle, und dem Deutschlandradio eine tragfähige Regelung
für die Altersversorgung im öffentlich-rechtlichen Rundfunk gefunden.
"Mit dem nun gültigen Abschluss leisten die Beschäftigten einen
wichtigen Beitrag für die Zukunftssicherung des
öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Dafür akzeptieren sie persönliche
Einschnitte", erklärte Frank Werneke, stellvertretender
ver.di-Vorsitzender.

"Jetzt sind die Länder in der Verantwortung, sich ihrerseits
konstruktiv für die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks
einzusetzen", so Werneke weiter. Die von den Ländern geplante
Strukturreform dürfe dabei nicht zu Lasten der Beschäftigten gehen.

ARD und ZDF haben den Ländern heute Vorschläge zur Zukunft des
öffentlich-rechtlichen Rundfunks vorgelegt, die mit deutlichen
Kostensenkungen verbundene Strukturreformen vorsehen - ohne dass
dabei eine Schwächung des Programms stattfinden soll. Das sei der
richtige Weg, betonte Werneke. Denn nur durch gute Inhalte und eine
glaubwürdige Berichterstattung bleibe die gesellschaftliche Akzeptanz
des öffentlich-rechtlichen Rundfunks erhalten.

Dennoch bleiben Fragen offen. "Die Verantwortlichen müssen Klarheit
darüber schaffen, wie sich die von den Anstalten heute den Ländern
vorgelegten Vorschläge für neue Strukturen konkret auf die
Kolleginnen und Kollegen auswirken. Wer den öffentlich-rechtlichen
Rundfunk voranbringen will, kann das nur mit, nicht gegen die
Beschäftigten tun. Konzepte zur Reorganisation, die auf
Ausgliederungen oder eine Verschlechterung von Arbeitsbedingungen
setzen, werden daher keine Akzeptanz finden", sagte Werneke.

Ende Juli hatte sich ver.di mit den Sendern auf die Umstellung der
Altersversorgung geeinigt. Diese sieht vor, dass die Betriebsrenten
für diejenigen, die noch unter die bereits bestehenden Tarifverträge
zur betrieblichen Altersversorgung fallen, künftig geringer steigen
als die Gehälter. Sie bleiben aber an die Tarifsteigerungen gekoppelt
und sind damit inflationsgeschützt. Für neuangestellte Beschäftigte
ab 2017 wurde die Umstellung auf eine beitragsorientierte
Altersversorgung (BTVA) vereinbart, das gilt ebenso für befristet

Beschäftigte (ausführlicher <https://tinyurl.com/yc5jp3a5>). In Nachverhandlungen konnte auch mit der Deutschen Welle ein Kompromiss gefunden werden, der, bei geringfügig anderer Ausgestaltung im Detail, auf die gleiche finanzielle Wirkung wie für die anderen Sender hinausläuft.